

Antrag

der Abg. Silke Gericke und Gudula Achterberg u. a. GRÜNE

Förderung klimaresilienter Strukturen und Leuchtturmprojekte in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Maßnahmen bisher ergriffen wurden, um in Baden-Württemberg klimaresiliente Strukturen in Gemeinden und Städten zu fördern und welche Erkenntnisse zur konkreten Wirkung der Maßnahmen ihr vorliegen;
2. wie die Städtebauförderung Kommunen in ihren Bemühungen unterstützt, klimaresiliente Strukturen aufzubauen und zu erhalten und ob das Programm bezüglich dieses Aspekts zukünftig weiterentwickelt werden soll;
3. inwiefern Modellgemeinden zur nachhaltigen Strukturentwicklung (MOGENA) als Vorbilder für andere Kommunen dienen können, insbesondere in Hinblick auf Klimaresilienz;
4. inwiefern diese Modellgemeinden (MOGENA) sich mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten Modellkommunen überschneiden, in denen „tragfähige Lösungen zur Retention, Entsiegelung, Versickerung und Verdunstung“ erprobt werden sollen;
5. inwiefern das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) Maßnahmen zur Förderung klimaresilienter Strukturen enthält;
6. welche Kriterien Projekte erfüllen müssen, um als „klimaresiliente Leuchttürme“ eingestuft und gefördert zu werden;
7. wie die mittel- bis langfristige Wirkung solcher Leuchtturmprojekte auf ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Resilienz bewertet wird;
8. welche Rolle sie in der Koordination und Förderung von klimaresilienten Leuchtturmprojekten spielt;
9. in welcher Weise die Landesregierung die Internationale Bauausstellung 2027 StadRegion Stuttgart (IBA'27) unterstützt, um Erkenntnisse aus den dortigen Projekten, insbesondere hinsichtlich der Quartiersentwicklung und Klimaresilienz, für andere Kommunen nutzbar zu machen;
10. welche Maßnahmen die Landesregierung ergreift, um den Einsatz von nachhaltigen und klimaverträglichen Baustoffen in Bauprojekten zu fördern, und wie deren Eignung für verschiedene Anwendungen bewertet wird;
11. wie das Thema Klimaresilienz im Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ verankert ist und aufgegriffen wird;

12. wie sichergestellt wird, dass die Erkenntnisse und Best Practices aus den verschiedenen Projekten systematisch dokumentiert, für andere Gemeinden zugänglich gemacht werden und für die Erarbeitung neuer Standards und Gesetzesvorgaben herangezogen werden.

14.4.2025

Gericke, Achterberg, Holmberg, Tok, Saebel, Hahn, Resch, Häusler GRÜNE

Begründung

Der Klimawandel führt zu massiven Umweltveränderungen und ist eine der größten ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Starkregen oder Stürme zeigen bereits heute, wie verletzlich viele Gemeinden sind. Der Schutz vor diesen Folgen erfordert innovative Ansätze und eine nachhaltige, zukunftsorientierte Planung.

Die Internationale Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart (IBA'27) bietet mit ihren Projekten wertvolle Modellvorhaben für klimaresiliente Quartiersentwicklungen. Diese Projekte können als Leuchttürme dienen und wichtige Erkenntnisse für andere Kommunen liefern. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass die Landesregierung die IBA'27 unterstützt und die gewonnenen Erkenntnisse systematisch aufbereitet, um sie für andere Gemeinden zugänglich zu machen.

Modellgemeinden und Leuchtturmprojekte bieten die Möglichkeit, in kleinem Maßstab Maßnahmen zu testen, die später auf breiter Ebene umgesetzt werden können. Durch gezielte Förderung und klare Kriterien können diese Projekte nicht nur die Widerstandsfähigkeit lokaler Strukturen erhöhen, sondern auch einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten.

Die Wahl geeigneter Baustoffe ist dabei von besonderer Bedeutung. Baustoffe müssen nicht nur nachhaltig produziert werden, sondern auch in der Lage sein, den Anforderungen extremer klimatischer Bedingungen standzuhalten. Die Förderung und Bewertung solcher Baustoffe durch die Landesregierung ist ein entscheidender Schritt hin zu einer klimaresilienten Bauweise.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Landesregierung diese Initiativen unterstützt und koordiniert. Die Ergebnisse müssen systematisch aufbereitet werden, um anderen Kommunen den Zugang zu wertvollen Erkenntnissen und Förderprogrammen zu ermöglichen.